



25. April. 2010, Nach der 2. Runde der Parlamentswahlen

Foto: Csaba Polcsáky

Zwei Drittel – und jetzt?

Chancen und Risiken des überwältigenden Wahlsieges von Fidesz

Der breiteste mögliche politische, beziehungsweise ein engerer wirtschaftlicher Spielraum – mit diesen Punkten versuchen Analysten, die Lage der zukünftigen Fidesz-Regierung zu umschreiben. Auch wenn nicht gelegnet werden kann, dass die langfristigen Auswirkungen der Krise eher in Richtung einer restriktiven Wirtschaftspolitik wirken, kann die breite Legitimierung im In- und auch im Ausland Vorteile mit sich bringen.

Von Márk Szabó

Die **Zweidrittelmehrheit** der Fidesz im ungarischen Parlament stellt die breiteste – und in ganz Europa beispiellose – Regierungsvollmacht seit der Wende dar. Nur einmal, in der Amtszeit der Horn-Regierung 1994 bis 1998 war die Regierungsmehrheit größer (72%), damals allerdings nur dank einer Koalition zwischen Sozialistischer Partei und Freien Demokraten.

Um den verhältnismäßig engen wirtschaftspolitischen Spielraum der neuen Fidesz-KDNP-Regierung ausweiten zu können, bedarf es klar formulierter politischer Zielsetzungen. Die parlamentarische Zweidrittelmehrheit reicht der Regierung auf jeden Fall, um mit dem IWF, der EU, sowie allen betroffenen Seiten aus einer starken Position heraus verhandeln zu können. Das Mandat der Fidesz ist eindeutig, damit kann der beispiellose innenpolitische Spielraum zu Vorteilen in der Außenwirtschaft und auf den internationalen Märkten umgemünzt werden.

Damit aber aus der daheim gewonnenen Legitimierung auch eine Relevanz für die Betroffenen im Ausland abgeleitet werden kann, muss Fidesz klare wirtschaftspolitische Ziele

formulieren: was sind die Prioritäten der Regierung in der Haushalts- und Geldpolitik, welche Konzepte für Sparmaßnahmen stehen den Abgabensenkungen gegenüber, und in welchen Bereichen genau plant Fidesz schnelle strukturelle Eingriffe. Nach der Festlegung der Prioritätenliste und des Verhältnisses von Ausgaben und Einnahmen muss die neue Regierung auch klarstellen, nach welchem Zeitplan die gesteckten Ziele erreicht werden sollen. Auch wenn all dies dann vorliegt, wird das nicht automatisch zu Ergebnissen führen, wird es aber versäumd, so führt das dazu, dass es dauerhaft bei der Konstellation „breite politische Vollmacht – enger wirtschaftlicher Spielraum“ bleibt.

Symbolisch, tiefgreifend und schnell

Sofort mit der Konstituierung des neuen Parlaments, spätestens aber mit Amtsantritt der Orbán-Regierung muss die parlamentarische Mehrheit zugleich symbolische, tiefgreifende und schnelle Entscheidungen zur Ausgaben- und Einnahmensenkung treffen. Dazu gehören die Änderung des Wahlgesetzes zwecks Verkleinerung des Parlaments, die bisher versäumte Umgestaltung der kommunalen Verwaltungsstrukturen,

sowie die Vorgabe der mittelfristigen Richtung in der Steuerpolitik (Steuersenkungen), der öffentlichen Sicherheit und eines ausgeglichenen Haushalts. Das Gemeinsame an diesen Schritten ist, dass sie zu einem erheblich Teil mit dem Willen der Mehrheit der Wähler übereinstimmen. Deshalb können populäre Elemente – zum Beispiel die Verringerung der Anzahl der Abgeordneten im Parlament ab 2014 – jene Schritte kompensieren, die den Interessen der Wähler zuwiderlaufen. Außerdem hat Fidesz auch ein öffentlich nicht ausgesprochenes politisches Interesse an der Umgestaltung und Vereinfachung des kommunalen Verwaltungssystems: werden die Stadtparlamente vor den Kommunalwahlen im Herbst halbiert, dann bieten sie der extremen Jobbik-Partei auch weniger Möglichkeiten, ihre schon gewonnenen und konsolidierten regionalen Positionen weiter zu verstärken.

Zu diesen Rahmenbedingungen passt jedoch – vorerst – die Anwendung der Zweidrittelmehrheit zu verfassungsändernden Schritten nicht. Darauf ließ sich bereits aus der internationalen Pressekonferenz von Viktor Orbán am 26. April schließen, als der

zukünftige Regierungschef sagte, von der breiten parlamentarischen Mehrheit in erster Linie in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und öffentliche Sicherheit Gebrauch machen zu wollen. Eine tiefgreifende Umgestaltung der staatsrechtlichen Strukturen dient den politischen Zielen des Fidesz vor allem deshalb nicht, weil die Wählerschaft von 2,7 Millionen schon jetzt recht heterogen ist, verfassungsändernde Initiativen könnten daher schon bereits zu Beginn der Regierungszeit vorhandene Brüche zu Tage fördern. Abgesehen von den geplanten Änderungen an den Gesetzen über die Staatsbürgerschaft, das Wahlsystem, die Medien und der Kommunal-

die MSZP zu überholen, nicht erreichen, die Fraktionsgröße blieb unter 50 Abgeordneten. Dieser Umstand ist deshalb von Bedeutung, weil dadurch die Partei die Möglichkeit verliert, eigenständig einen Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten zu stellen, was wiederum die Position von Krisztina Morvai endgültig zu einer rein symbolischen macht. Dadurch, dass die Fraktion der MSZP einer höheren Zahl von Abgeordneten aufweist, muss Jobbik wohl auch auf wichtige, von ihr beanspruchte Schlüsselpositionen in den Ausschüssen verzichten, sodass diese Körperschaft dem parlamentarischen Gewohnheitsrecht nach von László Kovács geleitet werden dürfte.

All das bedeutet aber nicht, dass in vier Jahren noch die gleiche Verfassung gelten wird wie heute.

verwaltung (die jeweils eine Zweidrittelmehrheit erfordern), wird die Fidesz-Regierung vorerst wohl keine Verfassungsänderung in Angriff nehmen. All das bedeutet aber nicht, dass in vier Jahren die gleiche Verfassung gelten wird wie heute. Es sei daran erinnert, dass Viktor Orbán noch im Herbst 2009 eine Art „Präambeldiskussion“ angeregt und sich auch mehrfach auf das Beispiel Polens berufen hat. Mit einer derartigen Verfassungsänderung ist jedoch eher in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode zu rechnen.

Politische und parlamentarische Folgen der Zweidrittelmehrheit

Die parlamentarische Zweidrittelmehrheit des Fidesz bringt die MSZP, und die als dritte Kraft aufgetauchte Partei Jobbik in eine schwierige Lage, der LMP hingegen ermöglicht sie eine Zeit der (Selbst-)Reflexion. Der größte Verlierer unter diesen drei ist wohl Jobbik: die Partei konnte ihr gestecktes Ziel,

Für die LMP birgt die parlamentarische Zweidrittelmehrheit von Fidesz auch Vorteile: die Partei gewinnt jetzt mit dem Einzug ins Parlament Zeit, um ihr Verhältnis zu Fidesz – und gleichzeitig auch zur MSZP – zu gestalten. Die Existenz der LMP-Fraktion ist für die Jobbik und für die Sozialisten gleichermaßen von Nachteil. Die Jobbik-Anhänger können zu Recht das Gefühl haben, dass das Abschneiden der grünen Partei mit 7,4 Prozent einen größeren Überraschungserfolg darstellt, als das Ergebnis der Partei von Gábor Vona. Und die Sozialisten dürften das Gefühl haben, dass die Präsenz der LMP innerhalb der Linken eine Diskussion darüber auslöst, was diese politische Kategorie im Ungarn von heute eigentlich bedeutet. Noch dazu startet die heutige sozialistische Abgeordnetengruppe mit einem Durchschnittsalter wie dem der nach den ersten freien Wahlen 1990 übriggebliebene MSZP-Fraktion, was in Bezug auf ihr Image einen Nachteil gegenüber der erheblich jüngeren LMP bedeutet.

Die Erneuerung wird für die MSZP wird auch durch die eigene Wählerschaft erschwert, die zur Hälfte älter als 60 Jahre ist. In politischer Kommunikation nach außen könnte zwar die deutliche Verjüngung der Parteispitze noch positiv wahrgenommen werden, doch es ist fraglich beziehungsweise riskant, wie das die verbliebenen eine Million Sympathisanten aufnehmen werden. Ebenso fraglich ist, ob die politische Rückkehr des ehemaligen Ministerpräsidenten und Parteichefs Ferenc Gyurcsány der MSZP gut tun wird. Der Politiker, der zur Zeit den Kuratoriumsvorsitzender der Táncsis-Stiftung ist, hat bereits vor dem ersten Wahlgang klargestellt, dass er seinen Rückzug als vorübergehend betrachtet, und er sich nach dem 25. April aktiv im Leben der Sozialistischen Partei beteiligen möchte. Die ersten Anzeichen sind bereits erkennbar, Gyurcsány verfertigt gerade eine eigene „Analyse“ der vergangenen Jahre, und im engen Kreise führt er Konsultationen mit Sympathisanten über die Zukunft der ungarischen Linken. Bei Gyurcsány stellen sich damit zwei Fragen: wird er einerseits die Kommunalwahlen im Herbst abwarten, bevor er wieder als vollberechtigtes Mitglied am internen Leben der MSZP und der ungarischen Politik teilnimmt. Zum anderen taucht die Frage auf, ob Attila Mesterházy das will, der ja bekanntermaßen ein schlechtes Verhältnis zu Gyurcsány pflegt, der jedoch wieder für den einflussreichen Posten des Fraktionsvorsitzenden der Partei nominiert wurde und wohl politische Ambitionen für die kommenden vier Jahre hegt.

Márk Szabó ist Senior-Analyst des Meinungsforschungsinstitut Nézőpont. www.nezopontintezet.hu